

# Wenn wieder Friede wird...

Autor(en): **Spectator**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **19 (1939-1940)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333850>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

in der Endphase des europäischen Krieges mancherlei Konzessionen erringen könnte. Griffe es dagegen zugunsten Deutschlands in den Krieg ein, so setzte es gerade seine See- und Luftmacht der schwersten Bedrohung aus, genau so wie seine Wirtschaft der Gefährdung durch die Blockade. Und wenn es dafür auch nur einige Sicherheit besäße, den Krieg zum Nachteil der Alliierten entscheiden zu helfen. Diese aber fehlt nicht nur infolge des gewaltigen Kriegspotentials Englands und Frankreichs und ihrer Imperien, sondern auch wegen der Wahrscheinlichkeit, daß im Notfall mit der Intervention der Vereinigten Staaten zugunsten der bedrängten europäischen Demokratien zu rechnen ist. Denn wer auch der nächste Präsident in Washington werden wird, er wird sich der geschichtlichen Notwendigkeit nicht entziehen können, eine Niederlage der europäischen Demokratie zu verhüten. Nicht nur aus ideologischen Motiven heraus — obwohl auch diese nicht unterschätzt werden dürfen —, sondern der amerikanischen Sicherheit selbst wegen. Eine ganze Anzahl amerikanischer Staatsmänner und höchster Militärs hat sich darüber bereits ganz unmißverständlich ausgesprochen.

Welchen Verlauf auch die derzeitigen Einzelaktionen nehmen werden, so geht in jedem Falle Europa den ernstesten Ereignissen entgegen. Auch die Neutralen müssen auf alles gefaßt sein. Nur Kraft und Wille zur entschlossensten Abwehr kann sie vor dem Schicksal anderer neutraler Staaten schützen. Daneben gäbe es für alle demokratischen Staaten noch eine andere Aufgabe: die Vorarbeit für einen Frieden des Rechtes und der wahrhaften Friedenssicherung durch den föderativen Zusammenschluß aller Völker, die einen ehrlichen Dauerfrieden ersehnen. Eine solche Arbeit am Friedenswerke könnte nicht nur künftigen Generationen ungeheure Blutopfer ersparen, sondern auch Millionen von Soldaten das Leben retten, die heute auf beiden Fronten einander gegenüberstehen. Je eher die Welt erfährt, daß nur ein Frieden des Rechtes diesen Krieg beenden kann und beenden soll, desto stärkere Bedeutung werden auch die moralischen Kräfte für die Kriegsdauer und die Kriegsentscheidung gewinnen.

---

## Wenn wieder Friede wird...

Von S p e c t a t o r.

Das ganze Denken der Menschen ist heute vom Kriege beherrscht. Noch ist dessen Ende nicht vorherzusehen und noch gehört das entscheidende Wort den Waffen. Aber ist es darum zu früh, an die Frieden zu denken und uns um ein Bild der Welt von morgen zu bemühen? Natürlich weiß niemand, welche Veränderungen der Landkarte dieser Krieg bringen wird. Aber das sind schließlich für den Sozialisten Fragen untergeordneter Bedeutung. Wichtiger ist, daß wir uns rechtzeitig Rechenschaft von den sonstigen Veränderungen geben, die dieser Krieg mit sich bringen wird und daß wir Lehren aus den Ereignissen

der letzten zwanzig Jahre schöpfen. Es gibt ihrer viele und einige sollen hier kurz gestreift werden.

Da ist zunächst der *Schiffbruch des Integral-Pazifismus*, in dessen Wasser der internationale Sozialismus bis tief in die letzte Zeit hinein schwamm. Wir denunzierten auf Versammlungen und Kongressen die Greuel des Krieges und forderten die gänzliche Abrüstung aller. Heute sind wir froh, daß die demokratischen Staaten diesen Parolen nicht besser gefolgt sind, und fast sind wir geneigt, ihnen noch vorzuwerfen, sie hätten ihre Rüstungen zu sehr vernachlässigt. Mit dem bloßen Hersagen eines pazifistischen Vokabulariums ist es also nicht getan. Ein solches kann im Gegenteil noch Unheil stiften, wenn es denen nützt, die dem Kriegsgeist nicht endgültig entsagt haben. Unser Pazifismus darf nicht abstrakt sein, er muß den groben Realitäten angepaßt werden, die nun einmal das rauhe Gesicht dieser Welt formen. Die Welt ohne Waffen ist ein Ideal, dessen Verwirklichung die Arbeiterschaft niemals aus den Augen verlieren darf, aber die vollständige Abrüstung setzt eine festfundierte Harmonie der Völker unter Einbau zuverlässiger Sicherungen gegen Rückfälle voraus. Die Forderung «Die Waffen nieder!» kann darum auch erst am Ende einer Entwicklung stehen, in der das Prinzip der Zusammenarbeit der Nationen zum unverrückbaren Bestandteil der internationalen Politik geworden ist, gegen das sich kein Staat mehr ungestraft erheben kann. Weil dies geflissentlich übersehen wurde, mußten viele Programmhefte korrigiert werden, und wenn das Irren zugunsten eines Ideals auch nie eine Schande ist, so ist doch unvermeidlich, daß es die Anhänger einer Bewegung leicht verwirrt.

Noch völlig unübersehbar ist die *wirtschaftliche und soziale Situation*, in die dieser Krieg Europa an seinem Ende stürzen wird. Erschütterungen erscheinen unausbleiblich. Dieser Krieg greift tief in alle bestehenden Verhältnisse und wird Europa vor eine Fülle neuer Probleme stellen, deren Umfang wir vorderhand nur ahnen können. Schon die Umstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft dürfte mit gewaltigsten Schwierigkeiten verbunden sein. Auch spricht nichts dafür, daß der Krieg die sozialen Gegensätze in den einzelnen Ländern abflacht, er wird sie im Gegenteil noch vergrößern. Schon heute sind die ersten Wirkungen in dieser Richtung deutlich zu verspüren. Überall ist eine Teuerungswelle in Gang gekommen, die vor allem die breiten Volksmassen bedrückt. Gleichzeitig wird die Steuerschraube angezogen und werden der Arbeiterschaft vielfache sonstige Lasten aufgebürdet. In jedem Falle ist das Resultat ein Sinken des Lebensstandards der breiten Masse. Ähnliche Begleiterscheinungen hatte ja auch schon der letzte Krieg. Aber im Unterschied zu damals, wo die Arbeiterschaft den Krieg mehr oder weniger als eine Angelegenheit der herrschenden Klasse betrachtete und ihn bestenfalls als ein brutales Schicksal über sich hinwegrollen ließ, leiht die Arbeiterschaft ihm diesmal in allen demokratischen Ländern ihre rückhaltlose Unterstützung, überzeugt, daß es hierbei auch um ihre eigene Freiheit und Unabhängigkeit geht, und daß Sieg und Niederlage auch über ihre eigene Zukunft entscheiden.

Die Arbeiterschaft begreift diesen Krieg darum als eine Auseinandersetzung in ihren ureigensten Angelegenheiten. Aus dem gleichen Grunde ist sie auch viel mehr als damals zu Opfern bereit, sofern sie nur die Überzeugung hat, daß diese im Interesse des Krieges und des Sieges notwendig sind. Begeht die Bourgeoisie nicht ganz grandiose psychologische Fehler, so läßt sich auch voraussehen, daß diese geistige Verfassung der Arbeiterschaft den Krieg selbst zunächst überdauern wird, schon weil tiefgehende soziale Konflikte der Gefahr rufen, daß der mit so großen Opfern errungene Sieg wieder verlorengehen könnte. Ein gleiches Interesse muß auch bei der Bourgeoisie dieser Länder bestehen. Der Nationalsozialismus ist keine Macht, mit der sie auf Kosten der eigenen Arbeiterschaft zu einem Akkord kommen kann, schon weil er die Aufhebung aller Ordnung und damit auch jeder bürgerlichen ist. Wo solche Illusionen noch bestanden haben mochten, sind sie durch den Pakt von Moskau zerstört worden. Der Nationalsozialismus ist keine «letzte Zuflucht des Kapitalismus», wie vielfach behauptet wurde. Der Emigrant Thyssen ist ein lebender Beweis hierfür. Auch ein möglicher Regimewechsel in Deutschland dürfte an dieser Einstellung der Bourgeoisie in den demokratischen Ländern zunächst nichts ändern, weil erst die Zeit ausmachen kann, ob es sich hierbei nicht nur um eine politischen Camouflage handelt. Alles das läßt erwarten, daß es nach dem Krieg auch in den demokratischen Ländern zwar nicht an sozialen Reibungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat fehlen, daß man aber bemüht sein wird, die Gegensätze so gut und so schlecht, als es nun einmal geht, auszubalancieren. Sofern es zu sozialen und politischen Umwälzungen kommt, wird der Schauplatz nicht in den demokratischen Ländern zu finden sein, sondern anderswo, wobei damit zu rechnen ist, daß sich die übrige Welt solchen Ereignissen gegenüber zunächst sehr viel abwartender verhalten wird als etwa beim bolschewistischen Umsturz des Jahres 1917 oder dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs.

Besonders das Phänomen des *Bolschewismus* muß heute in einem neuen Licht betrachtet werden. Wohl jeder Arbeiter hatte es als das Zeichen einer Weltwende begrüßt, als über dem Kreml erstmals die roten Fahnen gehißt wurden. Hierbei handelte es sich auch nicht etwa um ein bloßes Täuschungsmanöver, sondern diejenigen, die den Umsturz in Rußland vollzogen, waren ihrer Gesinnung nach überzeugte Sozialisten. Heute wissen wir, wie weit der Bolschewismus von seinem ursprünglichen Ziele abgekommen und wie nahe er nach Inhalt und Form dem von ihm gestürzten Zarismus gerückt ist. Das Wort Verrat stellt für diese Wandlung keine erschöpfende Erklärung dar. Auch könnten wir daraus kaum Beruhigung schöpfen, da es keine Garantie dafür gibt, daß sich unter gleichen oder ähnlichen Umständen ein gleicher Verrat nicht auch anderswo wiederholen könnte. Immer wird Sozialismus die Ausstattung des Staates mit einer fast unumschränkten Wirtschaftsmacht bedeuten, weshalb auch immer eine Personengruppe, ein bürokratischer Apparat oder eine Parteiclique versucht sein kann, diese Machtfülle zum Schaden des Volkes zu mißbrauchen, und sei es

nur aus Unfähigkeit, die mit dem Aufbau einer sozialistischen Ordnung verbundenen Probleme zu meistern. Gegen solchen Machtmißbrauch gibt es allem menschlichen Ermessen nach nur eine Sicherung: *der sozialistische Staat muß unter allen Umständen ein demokratischer Staat mit sicher funktionierender Volkskontrolle sein. Die Abschaffung des Privateigentums allein ist noch kein sozialistisches Kriterium, sie ist es nur in Verbindung mit der Demokratie.* So haben Marx und Engels den Sozialismus auch immer verstanden. Ausdrücklich stellte Engels fest, daß die Arbeiterschaft nur unter der Form der demokratischen Republik zur Herrschaft gelangen könne. Ja, er bekannte sogar: «Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne *friedlich* in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität hinter sich hat; in den demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist.» (Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfes 1891.)

Auf Grund der russischen Erfahrungen sehen wir heute den Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialismus noch sehr viel klarer. In Rußland wurde der Sprung vom Absolutismus in den Sozialismus gewagt und das Ergebnis ist ein neuer Absolutismus. In jedem andern Land würde ein gleicher Versuch höchstwahrscheinlich mit dem gleichen Ergebnis endigen. Die Demokratie erhält für die Arbeiterschaft ihre besondere Bedeutung nicht nur dadurch, daß sie ihr einen entsprechenden Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte einräumt und eine friedliche Umwandlung der Gesellschaft entsprechend dem sozialistischen Weltbild denkbar macht, sie ist zugleich eine unmißbare Vorstufe für den Sozialismus, weil sie den einzelnen zur Mitverantwortung erzieht, ohne die auch eine sozialistische Ordnung nicht bestehen kann. Es ist nicht wahr, daß in der Demokratie die Demagogen das Feld beherrschen. Ist es nicht vielmehr Tatsache, daß diese gerade nur solche Systeme so leichter Hand zu übernehmen vermochten, wo bis vor kurzem noch Absolutismus oder Halbabsolutismus herrschte, und daß keine einzige Demokratie mit wirklicher Tradition ihren Lockrufen erlag, obwohl es fürwahr doch auch hier in den letzten Jahren nicht an Voraussetzungen für mögliche Erfolge fehlte? Der objektive Geschichtsschreiber wird einst bewundernd feststellen müssen, daß die Demokratien eine wirtschaftlich und sozial außergewöhnlich bewegte Zeit ohne größere Erschütterung überstanden und inmitten heftigster Stürme eine stabile Ordnung aufrechterhalten haben. Aber diese Demokratien beschlagen einstweilen nur den kleineren Teil Europas. Östlich des Rheins herrschen überall mehr oder weniger diktatorische Regimes, und wenn auch anzunehmen ist, daß sich die Völker dort eines Tages erschreckt von diesen abwenden, so haben sie die Schule der Demokratie doch erst noch zu durchlaufen. Indem der Faschismus die demokratischen Ansätze der Nachkriegszeit in diesen Ländern zerstörte, hat er

in ihnen auch die sozialistische Bewegung aufgehalten und deren Durchbruch verzögert.

Aus allen diesen Gründen kann man vermuten, daß die Welt nach dem Kriege zwar sehr verschieden von derjenigen sein wird, die an seinem Anfang stand, daß er aber wahrscheinlich nicht in ein ganz Europa ergreifendes soziales Beben ausmünden wird, wie dies im Jahre 1918 der Fall war, wo es außerdem galt, einen weiten sozialen Rückstand einzuholen und beispielsweise den längst fälligen Achtstundentag zu verwirklichen. Das heißt nicht, daß der internationale Sozialismus keine Chance hat, aber es heißt, daß diese um so größer sein wird, je illusionsloser er dem Frieden entgegenschaut. Auch dafür sollten die Ereignisse nach dem letzten Krieg eine eindringliche Lehre sein. Allzu sehr war man geneigt, für die Zukunft statt für den Tag zu wirken, der doch erst jene erschließt. Die sozialistischen Nahziele haben kein geringeres Gewicht als die sozialistischen Fernziele. So ist es für die Arbeiterschaft nicht gleichgültig, wie der Friede organisiert wird, auch wenn die Grundlagen der Weltordnung vorläufig kapitalistisch bleiben. Der eminente Gewinn ergibt sich schon aus den ungeheuren Ersparnissen, die aus einer die Abrüstung ermöglichenden Neuordnung resultieren. Hier hat der internationale Sozialismus nach dem letzten Krieg verhängnisvoll gefehlt. Die Ordnung des Friedens wurde fast ausschließlich denen überlassen, die den Krieg geführt und gewonnen haben. Auch zu der immerhin recht kühnen Idee der Schaffung eines Völkerbundes gewannen wir eigentlich nie ein richtiges Verhältnis. Wir mißtrauten nur, statt ernsthaft zu prüfen, und noch weniger bemühten wir uns um bessere Lösungen. Wahrscheinlich wird es nicht wenige geben, die die am Völkerbund geübte Kritik durch die Entwicklung bestätigt sehen. Aber irgendwie wird jeder neue Versuch zur Sicherung des Friedens wieder auf diese Idee zurückkommen müssen. Schließlich ist der Völkerbund ja nicht an seinen eigenen Mängeln zugrunde gegangen, sondern an der ungenügenden Reife der Völker für diese Idee und an der ungenügenden Bereitschaft zur ernsthaften Mitarbeit. Indem wir kritisierten, haben wir ungewollt nur das trübe Spiel der offenen und versteckten Völkerbundsfeinde begünstigt. Es ist auch offenkundig, daß die damaligen Friedensmacher viel zu sehr mit der Ziehung neuer Grenzen und mit der Ausrechnung von Reparationen beschäftigt waren, als daß sie noch Zeit hatten, unter den Völkern den Geist zu wecken, der einem wahren Völkerbund erst Leben gibt. Manchmal hatte man sogar den Eindruck, sie würden das eigene Werk am liebsten verleugnen. Aber die Idee war größer als sie alle, und wir selber hatten ihr nichts Besseres gegenüberzustellen.

Die Lehren liegen zutage. Der Friede und die neue Ordnung der Welt dürfen nicht ausschließliche Angelegenheit der Regierungen bleiben. Der Sozialismus hat ein Weltbild auszuarbeiten, das auf festen Füßen steht und wenn auch nicht den Sozialismus, so doch die heute bestmögliche Ordnung zum Gegenstand hat, wobei mit allen gegebenen Realitäten, so unschön sie nun einmal sein mögen, Rechnung zu halten ist. Eine solche Schau ist um so zwingender, als wir mit bloßen Anti-

kriegsparolen erfahrungsgemäß dem Frieden nicht näher kommen. Auch unser Pazifismus muß konstruktiv sein. Hätte der internationale Sozialismus nach dem letzten Kriege eine solche Schau gehabt, dann hätte er sich kaum dazu hergegeben, nur an Völkerbund und Versailles Kritik zu üben, die praktisch doch nicht einmal der deutschen Arbeiterschaft nützte, sondern deren Früchte dann der Nationalsozialismus einheimste.

Zu einer solchen Schau gehört auch die Ausarbeitung von Plänen, die einen möglichst reibungslosen Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft bezwecken. Dieses Problem ist nicht minder bedeutungsvoll als die zweckmäßige Organisation des neuen Friedens, da Versäumnisse auf diesem Gebiet auch den schönsten Frieden wieder zunichte machen können. *Aus einem wirtschaftlichen Chaos hat der Sozialismus nichts zu gewinnen.* Die Ernte trägt nur der Faschismus und der Bolschewismus heim. Die Aufgabe ist zugleich eine nationale und eine internationale, da der Krieg viele Länder in einem solchen wirtschaftlichen Zerrüttungszustand zurücklassen wird, daß sie nur durch die Einschaltung in ein internationales Arbeitsbeschaffungswerk vor dem Absturz in das Chaos bewahrt werden können.

Im Zusammenhang hiermit wäre an eine *Reform der Internationalen Arbeitsorganisation* zwecks Erhöhung ihrer Wirksamkeit im Sinne des sozialen Fortschritts und der Vereinheitlichung der internationalen Arbeitsschutzgesetzgebung zu denken. Auch in dieser Hinsicht bedeuteten die Friedensverträge von 1919 einen großen Schritt. Es geschah in der Weltgeschichte zum erstenmal, daß Friedensverträge nicht nur neue Grenzen zogen und Kriegsschulden stipulierten, sondern daß sie auch eine internationale Institution zur Förderung des sozialen Friedens ins Leben riefen. Ähnlich wie beim Völkerbund, waren auch hier die angewandten Mittel unzulänglicher als die Idee. Aber das besagt nur, daß die Mittel verbessert werden müssen. Zwanzig Jahre praktische Erfahrung haben die der Institution anhaftenden Unzulänglichkeiten plastisch zutage treten lassen. Sie sind auch schon wiederholt im Schoße der Organisation selbst zur Sprache gekommen. Der bessere Friede, der diesem Krieg folgen soll, muß darum auch eine bessere Internationale Arbeitsorganisation bringen, die der ihr gestellten Aufgabe wirklich gerecht werden kann, nämlich dem sozialen Fortschritt den Weg zu ebnen. Das ist um so zwingender, als die Welt nach dem Krieg sehr viel mehr auf internationalen Austausch und internationale Zusammenarbeit angewiesen sein wird, als sie es je war, weil nur unter diesen Voraussetzungen Not und Elend, die Krise und Krieg aufgehäuft haben, überwunden werden können.

Erfreulicherweise liegen erste Bemühungen in dieser Richtung bereits vor. Am 9. Februar kam die *englische Arbeiterpartei* mit einer politischen Erklärung heraus, die bei aller Knappheit ein bedeutsames Dokument darstellt, weil sie sich kühn über alte Formeln hinwegsetzt und — wenn auch nur skizzenhaft — den *Plan zu einer neuen Weltordnung* entwirft, wobei von Kriegszielen gerade nur im Vorbeigehen die Rede ist. Der Plan gipfelt in der Forderung nach Schaffung eines «Co-opera-

*tive World Commonwealth*», was man wohl am besten mit «Welt-Staatenbund» übersetzt. Der Ausdruck «Völkerbund» ist in diesem Zusammenhang offenbar absichtlich vermieden, weil er irreführend sein könnte. Aber die Idee ist die gleiche, nur daß sie erheblich weiter gespannt ist, als dies beim Statut des heutigen Völkerbundes der Fall ist. Was der Arbeiterpartei vorschwebt, ist nämlich nicht mehr und nicht weniger als eine Art Staaten-Konföderation im Weltmaßstab. Das sich auch daraus ergibt, daß die heutige Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England, die den Anfang einer Art Zusammenlegung der beiden Weltreiche darstellt, als «der Kern dieser weiteren Vereinigung» bezeichnet wird. Auch der soziale Inhalt, den die angestrebte neue Weltordnung haben müßte, wird mit einigen Strichen umrissen. Insbesondere wird auf die große Krise hingewiesen, die im Augenblick des Kriegsabschlusses hereinbrechen muß. Werde das Problem des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft nicht mit großem Geschick und Mut angepackt, dann müßten Massenarbeitslosigkeit und gewaltige soziale Katastrophen unvermeidlich jedes einzelne Land heimsuchen. Die Erklärung fordert daher die Ausarbeitung nationaler Wiederaufbaupläne, die durch kühne wirtschaftliche und finanzielle Planungen in weltweitem Maßstab ergänzt werden müßten. «Internationale öffentliche Arbeiten», so heißt es, «die mehr als nur einer Nation zugute kommen und die auch eine umfassende Entwicklung großer Kolonialgebiete umschließen, die sich, wie dies in Afrika der Fall ist, auf zwei und mehr Kolonialmächte verteilen, sind von einer internationalen Behörde auszuführen, die mit einem Budget und einer Machtfülle auszustatten ist, wie der Völkerbund sie niemals besaß». Die Erklärung, die übrigens in bewegten Worten auch direkt an das französische und deutsche Volk appelliert, schließt: «Der Sieg muß durch die Waffen Englands, Frankreichs und ihrer Alliierten erfochten, der Friede für die Humanität gewonnen werden.»

Die Kundgebung ist ein Symptom für den gewaltigen geistigen Umschwung, der im englischen Volk eingetreten ist. Am letzten Weltkrieg nahm England nur widerwillig teil, und kaum, daß dieser beendet war, zog es sich wieder vom Kontinent zurück auf sein Weltreich. Auch die englische Arbeiterpartei folgte mehr oder weniger diesem Zug und desinteressierte sich weitgehend an dem kontinentalen Geschehen. Jetzt ist sie es, die mit weitausgreifenden Ideen allen andern Parteien der Sozialistischen Internationale vorausseilt und bereits an der Schwelle des Krieges das Bild einer neuen Weltordnung entrollt. Ist der Plan auch nicht gerade himmelstürmend, so wurzelt er dafür um so fester im Erdreich der Realitäten und schlägt die Brücke zu einer Zukunft, die gewiß noch nicht sozialistisch, aber gleichwohl ein großer Fortschritt gegenüber der Gegenwart wäre. Es ist notwendig, daß der skizzierte Plan alsbald zu einem konkreten Programm ausgearbeitet wird, damit wir beim Friedensschluß nicht wieder mit leeren Händen, das heißt: mit praktisch doch unbrauchbaren Formeln, dastehen.